



Sitzung vom

15. August 2023

Mitgeteilt den

17. August 2023

Protokoll Nr.

636/2023

### **Auftrag Kappeler**

betreffend Wasserversorgung für künftige Extremsituationen sicherstellen

### **Antwort der Regierung**

Die Regierung beurteilt die Ausgangslage und die künftigen Herausforderungen bei der Ressource Wasser ähnlich wie im Auftrag dargestellt. In einzelnen Bereichen wurden bereits Vorkehrungen getroffen, um den künftigen Herausforderungen besser begegnen zu können. So wurde zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Not- und Mangellagen von der Regierung 2016 ein Konzept genehmigt, welches auch im Gesetz über den Bevölkerungsschutz des Kantons Graubünden (Bevölkerungsschutzgesetz, BSG; BR 630.000) und in der Verordnung zum Bevölkerungsschutzgesetz (VOZBSG; BR 630.010) verankert ist. Dieses hat zum Ziel, dass die grösseren und mittleren Wasserversorgungen in der Lage sind, die Risiken für die Wasserversorgung mit einem vom Amt für Natur und Umwelt (ANU) zur Verfügung gestellten Tool selber zu identifizieren und die nötigen Massnahmen rechtzeitig zu treffen. Dieses Tool greift auf sämtliche relevanten digitalen Grundlagen zu. Damit kann aus heutiger Sicht sichergestellt werden, dass die mittleren und grossen Trinkwasserversorgungen bei einer schweren Mangellage oder bei Störungen inkl. Trockenheit die geforderten, gegenüber dem Normalverbrauch reduzierten Wassermengen für die Bevölkerung bereitgestellt werden können. Um bei Trockenheit oder anderen Gefahren die Versorgung in den Gebieten kleiner Wasserversorgungen aufrecht erhalten zu können, wurden zudem Transportbehälter, Leitungsmaterial, Übergangsstücke und sogar Wasseraufbereitungsanlagen beschafft. Dieses Material wird im Ereignisfall vom Pikettdienst des ANU zusammen mit den Feuerwehren und dem Zivilschutz eingesetzt. Dieses Konzept geniesst über Graubünden hinaus breite Anerkennung. Auch in anderen Bereichen wie z. B. der Löschwasserbereitstellung oder der Energieproduktion sind entsprechende Vorkehrungen getroffen worden, um die Leistungen auch in Phasen extremer Trockenheit erbringen zu können. Aufgrund des Trends zu längeren Trockenperioden wird einerseits ein zunehmender Bedarf an

Wasser für Bewässerungen von Acker- und Spezialkulturen aber auch von Wiesen in der Landwirtschaft erwartet. Auf der anderen Seite haben die längeren Trockenperioden zur Folge, dass Quellen, deren Schüttung stark von Niederschlägen abhängig sind, weniger Wasser liefern oder sogar zeitweise versiegen. Auch Oberflächengewässer könnten zumindest abschnittsweise vermehrt trockenfallen. Vor diesem Hintergrund kommt dem Wassermanagement im Allgemeinen und der Wassergewinnung aus dem Talgrundwasser sowie der Wasserverteilung im Speziellen künftig eine zunehmende Bedeutung zu. Die Grundwasserressourcen für die Trinkwassernutzung langfristig zu sichern, wird immer wichtiger, aber angesichts der drohenden qualitativen Beeinträchtigungen durch Spurenstoffe, Pestizide und z. B. Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) immer anspruchsvoller, was bereits Anpassungen im Vollzug des Grundwasserschutzes erforderlich machte. Was es nun angesichts der durch den Klimawandel bedingten Veränderungen, wie im Vorstoss dargelegt, braucht, sind über die verschiedenen Wassernutzungsarten hinausgehende Situationsanalysen, Konzepte und Lösungsansätze, wahrscheinlich auch mit Priorisierungen. Es kann sein, dass die künftigen Herausforderungen verlangen, dass Wasserprobleme koordiniert über Einzugsgebiete und eben nicht nur kommunal behandelt und Wasserspeicher künftig vermehrt multifunktional genutzt werden müssen, was z. B. im Südtirol bereits der Fall ist. In der Klimastrategie Graubünden ist die Koordination und Optimierung der Ansprüche an das Wasser bei zunehmender Sommertrockenheit als eines der Handlungsgebiete der Klimaanpassung definiert. Die Regierung hat zur Bearbeitung dieser Thematik in der Biodiversitätsstrategie Graubünden (BDS GR) eine konkrete Massnahme vorgesehen, die sich in einem multilateralen Ansatz dem Thema integrales Wassermanagement widmet. Weiter beabsichtigt die Regierung, einen Entwicklungsschwerpunkt mit dem Titel «Wasserstrategie» ins kommende Regierungsprogramm 2025–2028 aufzunehmen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin